



Mischt euch ein!
Unternehmer müssen mehr
tun, als Arbeitsplätze
zu schaffen

Schweigen ist falsch, Kollegen!

Seine Mitarbeiter und Kunden wissen, wofür er steht. Für den Unternehmer
PETER STÄMPFLI ist es selbstverständlich, sich politisch zu äussern

Schweigen kostet mich mehr Kraft, als mich öffentlich zu äussern. Es reicht mir nicht, mich nur für meine Familie und unser Unternehmen einzusetzen, wohl wissend, dass beide in Abhängigkeit von Gesellschaft und Politik stehen. Ich sehe es darum nicht nur als mein Recht, mich zu engagieren, sondern geradezu als Pflicht, für eine gesunde Weiterentwicklung unseres Landes einzustehen. Als Mensch, aber auch als Unternehmer.

Und so lebe ich, was neulich die beiden Autorinnen Heike Scholten und Katja Gentinetta in ihrem Artikel *Mischt euch ein!* (ZEIT Nr. 11/16) auf den Punkt brachten: »Ein guter Wirtschaftsstandort fällt nicht vom Himmel. Abgesehen von natürlichen Gegebenheiten und geografischer Lage ist er das Ergebnis von politischen Prozessen und Entscheidungen. Und weil dem so ist, müssen die Unternehmen letztlich einen Beitrag für die Stabilität einer Demokratie leisten.«

Wenn ich an dieser Stelle von Unternehmern spreche, sind CEO, Geschäftsleitungsmitglieder und Verwaltungsräte immer mitgemeint. Als solche sind wir privilegierte. Wir haben in der Regel eine höhere Aus- und Weiterbildung genossen, wir sind finanziell relativ unabhängig und stehen an Positionen, an denen wir regional oder schweizweit gehört werden, gleichgültig ob wir in einem KMU oder in einem Konzern arbeiten. Unsere Stellung ist Verpflichtung, für unsere Gesellschaft mehr zu tun, als Arbeitsplätze zu schaffen.

Es reicht nicht, zu klagen,
dass Politiker keine Ahnung haben

Die Schweiz ist ein Ganzes, in dem sich die Staatsform, das Rechtssystem, die Wirtschaft, die soziale Sicherheit, die multikulturelle Zugehörigkeit, die Künste, die Städte und die Landschaft ineinander verweben haben. Dieses wertvolle Gefüge muss weiterentwickelt werden. Um deutlich zu machen, wie wichtig die Wirtschaft für das Wohlergehen von uns allen ist, müssen wir Unternehmer uns auch für das Ganze engagieren. Nur so können wir der Bevölkerung beweisen, dass es uns nicht nur um unseren eigenen Nutzen geht. Dies erreichen wir nicht, wenn wir uns in der Klage erschöpfen, die Politiker hätten keine Ahnung. Wir sind zuerst Bürger und dann erst Unternehmer – und als solche tragen wir Verantwortung.

Stattdessen ziehen sich viele aus der Verantwortung. Mit drei Einwänden. Erstens: »Ich habe keinen Medienzugang.« Doch, jeder hat Zugang zu den sozialen Medien, diesem idealen Einstiegspunkt, die eigene Meinung zu äussern. Einen erweiterten Medienzugang muss man sich erarbeiten; das gibt bisweilen viel zu tun. Der zweite Einwand lautet: »Ich habe keine Zeit, auch noch gesellschaftlich tätig zu werden, mein Unternehmen und meine Familie verlangen mir schon genug ab.« Das ist, abgesehen von einigen Ausnahmen, eine Ausrede. Wer in der Lage ist, neben Beruf und Familie noch 4000er zu besteigen, Hunderte von Bike-Kilometern abzufahren oder jährlich 300 Loch Golf zu spielen, hat auch Zeit für die Gesellschaft. Als Unternehmer können wir uns diese Zeit viel leichter nehmen als die meisten Angestellten, Vorbilder gibt es durchaus. Der dritte Einwand schließlich: »Ich habe Angst vor Kundenverlust, wenn ich öffentlich sage, was ich denke.« Doch nur wenige Unternehmen sind so aufgestellt, dass sie image- und umsatzrelevante Reaktionen fürchten müssen. Wer sich der öffentlichen Kritik nicht aussetzen will, missachtet Freiheit und Verantwortung. Wer sich politisch äussert, gibt dem Unternehmen ein Gesicht weit über das Marketing hinaus und profiliert sich im eigentlichen Sinn des Wortes.

In der Stämpfli Gruppe halten wir es so: Intern halten wir uns mit politischen Diskussionen zurück, allerdings findet die Auseinandersetzung in kleinen Gruppen statt. Umso mehr mischen wir uns in der Öffentlichkeit ein: auf Podien, beim Networking, in Zeitungen und ganz besonders auf den Kanälen der sozialen Medien und in der Unternehmergruppe »Fokus Bern«. Die Erfahrung zeigt, dass eine breite Öffentlichkeit sowie Mitarbeitende und Kunden meine Posts, meine Tweets, mein Blog und meine Artikel lesen und wissen, wofür ich und unser Unternehmen stehen. Meine Äusserungen stimmen mit der Haltung meines Bruders, mit dem ich das Unternehmen leite, überein und stehen im Einklang mit unserer Unternehmenskultur: Brüche in der Werterhaltung und in den politischen Äusserungen würden zu einem Vertrauensverlust führen.

Darum muss, wer sich öffentlich zu Wort meldet, seine Werte kennen, eine gefestigte Meinung haben und sie verlässlich vermitteln können. Das darf man von Unternehmern erwarten. Sie tun

gut daran, sich auf bestimmte Themen festzulegen, um nicht als »Experten in allen Lebenslagen« zu erscheinen.

Offenheit ist für unser Unternehmen ein besonderer Wert. Daher ist es unverständlich, weshalb Economiesuisse und der Arbeitgeberverband sich mit intransparenten Vorstandsentscheidungen nur halbherzig gegen die Durchsetzungsinitiative (DSI) ausgesprochen haben. Lichtblicke waren Heinz Karrer und Monika Rühl, die sich persönlich dagegen eingesetzt haben. Die Verbandssicht, wonach diese Initiative zu wenig mit der Wirtschaft zu tun hatte, reduziert die Schweiz auf Infrastruktur, Steuerfragen und das Arbeitsgesetz. Ich nenne das Beispiel DSI, weil diese verdeckte Haltung von Vorstandsmitgliedern der Vergangenheit angehören muss. Als Unternehmer müssen wir öffentlich und nicht hinter vorgehaltener Hand argumentieren. Es ist beschämend, wie wenig Unternehmer sich gegen die DSI, die unseren Rechtsstaat im Kern angegriffen hat, engagierten und tatenlos zugewartet haben, wie die Abstimmung wohl ausgehen wird.

Initiativen bedrohen die Wirtschaft genauso
wie der Wechselkurs

Es ist auch notwendig, für die Zusammenarbeit mit der EU einzustehen. Ein Ende der bilateralen Verträge, die auch die Ausgrenzung der Schweizer Forschung zur Folge hätte, ist für die Wirtschaft ebenso bedrohend wie manche Marktentwicklung oder der Wechselkurs. Dies zu ignorieren ist schlechtes Management.

Ja, es ist allen möglich, sich gefahrlos öffentlich zu äussern. Wir haben uns gegen die Volksinitiative »1 : 12« eingesetzt, gegen die Mindestlohninitiative, die Erbschaftsteuer und zuletzt gegen die Durchsetzungsinitiative.

Mein Bruder und ich engagieren uns seit Jahren für den Wirtschaftsstandort Schweiz. Wir stehen ein für eine moderne und liberale Gesellschaft, für gelebte Sozialpartnerschaft und eine wertebasierte Unternehmenskultur. Wir machen damit nur gute Erfahrungen.



Peter Stämpfli, 57, führt mit seinem Bruder die Stämpfli Gruppe, ein Kommunikationsunternehmen mit 410 Angestellten. Er ist verheiratet und lebt in Muri-Bern

NORD SÜD

Registrierte Hühner

Wie mir der Staat die Freiheit raubt VON TITO TETTAMANTI

Neulich erhielt ich einen Fragebogen. Auf vier Seiten musste ich meine landwirtschaftlichen Aktivitäten offenlegen und angeben, was für Tiere bei mir leben. Mit im Umschlag: eine zweiseitige Anleitung, wie ich den Fragebogen auszufüllen habe, sowie ein höflicher Brief, dem ich entnehmen konnte, wer meine Daten alles weiterverwenden darf. Von der kantonalen Landwirtschaftsverwaltung und den Labors über die Datenbank für Tierverkehr und das Veterinäramt bis hin zu den sechs Bundesämtern für Statistik, Landwirtschaft, Umwelt, Lebensmittelsicherheit, Veterinärwesen und wirtschaftliche Landesversorgung. Nicht genug: Auch die eidgenössische Alkohol- und Zollverwaltung und die Milchstatistikerin TSM Treuhand GmbH dürfen mit meinen Daten jonglieren.

Ich tat also, was mir befohlen wurde. Und gab an, dass ich zwei Hühner besitze. Meine beiden Schildkröten verschwieg ich.

Anschließend wandte ich mich wichtigen Dingen zu, ging zur Bank und liess tausend Franken überweisen. Erhalten sollte sie ein Mönch in Aleppo, der dort ausharrt, um Kinder mit Essen und Schulstoff zu versorgen und mit ihnen zu spielen. Doch der Compliance Officer der Credit Suisse weigerte sich, mein Geld nach Syrien zu schicken. Zu groß war seine Angst vor der Kontrolle der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (Finma).

Zweimal behinderte mich der Staat an einem Tag in meiner Eigentumsfreiheit: einmal, indem er Daten über meine Hühner sammelte, einmal, indem er mich an einer Spende an Kriegsversehrte hinderte.

Ich setze all meine Hoffnung auf ein neues Konzept: Blockchain. Was das ist? Eine Technologie, die online nicht nur Informationen vermittelt, sondern auch Transaktionen. Bitcoin, das bisher bekannteste Beispiel für eine solche Blockchain, ist ein vollkommen digitales, dezentrales Zahlungssystem. Die verschlüsselte Wäh-

lung erlaubt es, Transaktionen zu machen, ohne dass die Banken, die immer bürokratischer und teurer werden, ihre Finger mit im Spiel haben. Trotz Kinderkrankheiten werden täglich 150 000 solcher Überweisungen getätigt mit einem Volumen von sieben Milliarden US-Dollar.

Eine solche Blockchain könnte auch das Grundbuch ersetzen und sehr rasche und günstige Immobilienübertragungen ermöglichen. Anders als heute. Wer in Lugano ein Grundstück kaufen will, wartet oft monatelang, bis der Eintrag im Grundbuch gemacht ist.

Der peruanische Ökonom Hernando de Soto hat in seinem faszinierenden Buch *The Mystery of Capital: Why Capitalism Triumphs in the West and Fails Everywhere Else* die Armutviertel dieser

Welt untersucht. Und dabei feststellt, dass die Bewohner der Slums und Favelas keine Eigentumsrechte an ihren Baracken haben. Im globalen Kontext wären diese aber Milliarden wert. Wenn die Besitzer dieses Eigentum beweisen könnten, wäre es ihnen möglich, Kredite aufzunehmen; auch für ihre geschäftlichen Tätigkeiten. Blockchain könnte also eine Antwort auf eines der größten Probleme dieses Planeten sein. Ein echter Kampf gegen die Armut.

Vieles würde sich dank Blockchain ändern, auch im Verhältnis zwischen Bürger und Staat. Die Eingriffe der bürokratischen Apparate würden sich in vielen Fällen als überflüssig erweisen – und verschwinden. Auch die Rolle der Banken würde infrage gestellt. Das Sparpotenzial ist riesig.

Können wir Bürgerinnen und Bürger also darauf hoffen, dass die Privatsphäre eines Tages wieder wichtiger wird und wir unsere Freiheit zurückbekommen? Ich wäre entzückt. Meinen Hühnern ist es leider egal.

Nächste Woche in unserer Kolumne »Nord-Süd-Achse«: die Basler Ständerätin Anita Fetz



Tito Tettamanti
ist Finanzier.
Er lebt im Tessin

ANZEIGE

THE DIGITAL FUTURE

ZUSE
INSTITUTE
BERLIN

TAGESSPIEGEL
SCIENCE
MATCH

The global conference celebrating 75 Years
of computing where it all began: in Berlin.
11 May 2016. Big data, communication, data
analysis, digital society, future computing,
gaming, mobility, networks, optimization,
privacy, security, simulation, visualization.

Speakers: Altmaier (Bundesregierung), Bell (Intel), Chayes (Microsoft), Coy (HU), Greengard (Simons NYU), Grötschel (BBAW), Herbrich (Amazon), Hey (eScience Inst.), Joost (UdK), Kevrekidis (Princeton), Lindenstruth (Cern), Müller (TU Berlin), Oberlin (NVIDIA), Koumoutsakos (ETH), Kamphues (Open Grid), Kroon (Amsterdam), Lippert (Jülich), Parrinello (ETH, USI), Robinson (Charité), Rojas (FU), Schaeffer (Alberta), Schütte (ZIB), Scott (Cray), Seidel (NSCA), Wiegand (Fraunhofer), H. Zuse.

Program, registration, scholarships:
www.science-match.info